

BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de



„Kundgebung für Frieden und Völkerrecht“

Sonntag, 8. März 2026 | Römerberg Frankfurt am Main

Rede von Ramazan Kuruyüz, Vorsitzender der IRH

**Vollständige schriftliche Fassung der Rede bei der Kundgebung
(vor Ort in gekürzter Form vorgetragen)**

„Nicht das Recht des Stärkeren – sondern die Stärke des Rechts“

As-salamu aleikum wa rahmatullah! Friede und Gnade ALLAHs mögen auf euch sein

Liebe Schwestern und Brüder,
liebe Freundinnen und Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit,

in dieser schweren Zeit möchte ich nicht nur als Bürger dieses Landes sprechen, sondern auch als Vertreter einer Religionsgemeinschaft.

Gemeinsame religiöse Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden

Unsere Religionen – Islam, Christentum und Judentum – erinnern uns gemeinsam an eine große Verantwortung: für Gerechtigkeit einzutreten und Unrecht nicht schweigend hinzunehmen.

Der Qur'an ruft uns auf:

„Ihr sollt eine Gemeinschaft sein, die zum Guten einlädt, das gebietet, was rechtens ist, und das Verwerfliche verbietet.“ (Qur'an, Sure 3, Vers 104)

Und er erinnert uns:

„Seid standhaft für die Gerechtigkeit – auch wenn euch Abneigung gegen eine Gemeinschaft dazu verleiten könnte, ungerecht zu sein.“ (Qur'an, Sure 5, Vers 8)

Im Qur'an wird das Leben eines einzigen unschuldigen Menschen als so wertvoll beschrieben wie das Leben der ganzen Menschheit:

„Wer einen Menschen tötet – nicht als Vergeltung für einen Mord und nicht wegen Anrichten von Verderben auf Erden –, so ist es, als hätte er die ganze Menschheit getötet; und wer einem Menschen das Leben rettet, so ist es, als hätte er der ganzen Menschheit das Leben gerettet.“ (Qur'an, Sure 5, Vers 32)

Auch die Bibel ruft uns zu Gerechtigkeit und Frieden auf.

Im Matthäus-Evangelium heißt es:

„Selig sind, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit.“

„Selig sind die Friedensstifter.“

(Matthäus 5,6 und 5,9)

Und im zweiten Buch Mose lesen wir:

„1. Du sollst kein falsches Gerücht verbreiten; du sollst nicht einem Schuldigen Beistand leisten, indem du als Zeuge Gewalt deckst. 2. Du sollst der Menge nicht auf dem Weg zum Bösen folgen und nicht so antworten vor Gericht, dass du der Menge nachgibst und vom Rechten abweichst.“ (2. Mose 23,1–2)

Kurz und sinngemäß:

„Du sollst kein falsches Gerücht verbreiten ...

Du sollst der Menge nicht folgen, wenn sie Unrecht tut.“

Diese Worte aus unseren heiligen Schriften sind eine klare Mahnung an uns alle:

Wir dürfen nicht schweigen, wenn Unrecht geschieht.

Wir dürfen nicht dem Strom folgen, wenn er in Richtung Ungerechtigkeit führt.

Und wir dürfen niemals zulassen, dass politische Interessen oder Machtdenken uns blind machen gegenüber dem Wert eines einzigen menschlichen Lebens.

Denn eine grundlegende Wahrheit verbindet unsere Religionen:

„Keine Seele trägt die Last einer anderen.“ (Qur'an 6:164)

Deshalb dürfen uns auch Kriege und Konflikte niemals dazu bringen, das Leben unschuldiger Menschen gering zu achten.

Unsere religiöse Grundsatzposition zu Krieg und Menschenwürde

Für uns als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen ist diese Haltung nicht nur eine politische Meinung. Sie ist eine religiöse Verpflichtung. Unsere Religion lehrt uns:

„Das Leben eines unschuldigen Menschen ist heilig.“ Das gilt für jedes Kind. Das gilt für jede Frau. Das gilt für jeden Mann. Unabhängig von Religion, Herkunft oder Nationalität.

Deshalb stehen wir als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen gegen Angriffskriege, gegen die Tötung von Zivilisten, gegen Kriegsverbrechen und gegen jede Form von Gewalt gegen unschuldige Menschen.

Unsere Verantwortung als Religionsgemeinschaft ist es, für Gerechtigkeit, für Menschenwürde und für Frieden einzutreten. Gerade in Zeiten von Krieg darf Religion niemals missbraucht werden, um Angriffskriege und Angriffe auf Zivilisten zu rechtfertigen. Religion muss eine Stimme des Gewissens sein.

Angriff der USA und Israels auf Iran ist völkerrechtswidrig

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Namen der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen verurteile ich die militärischen Angriffe der USA und Israels auf den Iran in aller Deutlichkeit. Diese Angriffe sind völkerrechtswidrig, gefährden den internationalen Frieden und drohen die gesamte Region in einen unkontrollierbaren Flächenbrand zu ziehen.

Besonders problematisch ist, dass diese Angriffe stattfanden, während noch diplomatische Gespräche liefen. Der Oman, der zwischen den USA und dem Iran vermittelte, hatte kurz zuvor erklärt, dass in den Verhandlungen wichtige Fortschritte erzielt worden seien. Wer während laufender Verhandlungen bombardiert, zerstört Vertrauen und schwächt die Diplomatie.

Die Politik der US-Regierung unter Präsident Donald Trump steht in einem deutlichen Widerspruch zu ihrem eigenen Anspruch, ein Friedensbringer zu sein.

Donald Trump hat sich immer wieder als der Präsident dargestellt, der Kriege beendet und Frieden bringt. Er präsentierte sich als der mächtigste Mann der Welt, unter dessen Führung neue Konflikte gar nicht erst entstehen würden.

Doch die Realität zeigt heute ein anderes Bild.

Wer gemeinsam mit Netanjahu einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beginnt und damit die Gefahr eines Flächenbrandes im Nahen und Mittleren Osten heraufbeschwört, handelt nicht als Friedensstifter. Er handelt als Kriegstreiber.

Statt auf Diplomatie zu setzen, hat sich die US-Regierung dem militärischen Eskalationskurs und dem Kriegswahn der israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu unterordnet. Dabei entsteht zunehmend der Eindruck, dass Washington den strategischen Vorstellungen der rechtsextremen israelischen Regierung folgt, statt eine eigenständige, auf Ausgleich und Frieden gerichtete Politik zu verfolgen.

Besonders widersprüchlich ist dabei, dass Donald Trump früheren Präsidenten immer wieder vorgeworfen hatte, sie hätten Kriege nicht verhindert. Er erklärte, unter seiner Führung würden solche Konflikte gar nicht erst entstehen. Heute jedoch trägt seine Politik selbst dazu bei, eine neue militärische Eskalation auszulösen – mit der Gefahr eines Flächenbrandes im Nahen und Mittleren Osten und mit schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Folgen für die gesamte Welt.

Die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte hat uns bereits gezeigt, wohin solche Politik führen kann. Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung, der Verteidigung von Freiheit und Demokratie oder mit unbegründeten Behauptungen über Massenvernichtungswaffen wurden Kriege begonnen – etwa in Afghanistan und im Irak. Diese Kriege haben über eine Million unschuldige Menschen das Leben gekostet, Städte zerstört und ganze Regionen destabilisiert.

Die wichtigste Lehre aus diesen Kriegen ist deshalb klar:

Militärische Interventionen, die auf Vorwänden beginnen, bringen keinen Frieden. Sie bringen Zerstörung, Instabilität und neues Leid. Frieden entsteht nicht durch Bomben. Frieden entsteht durch Diplomatie, durch Dialog und durch die konsequente Achtung des Völkerrechts.

Angriff im Ramadan – Missachtung religiöser Sensibilität

Besonders schwer wiegt, dass dieser Angriff im Fastenmonat Ramadan erfolgte – einer heiligen Zeit der Besinnung und des Friedens für fast zwei Milliarden Muslime weltweit.

Ein bewusst gewählter militärischer Angriff in dieser sensiblen Phase wird von Muslimen als Missachtung ihrer religiösen Werte empfunden. Militärische Eskalation im Ramadan fördert nicht Sicherheit und Frieden, sondern verschärft Spannungen und Feindbilder – und liegt weder im Interesse der Menschen in der Region noch im langfristigen Interesse Israels oder der USA.

Schutz von Zivilisten und Ablehnung gezielter Tötungen

Nach vorliegenden Berichten wurden bei einem israelischen Luftangriff im Süden Irans 165 Schülerinnen und Lehrerinnen in einer Mädchenschule getötet. Die Tötung unschuldiger Kinder ist durch nichts zu rechtfertigen. Kein sicherheitspolitisches Argument, kein geopolitisches Kalkül und kein strategischer Vorwand kann die Tötung von Kindern und Zivilisten legitimieren.

Ebenso verurteilen wir gezielte, völkerrechtswidrige Angriffe auf politische oder religiöse Führungspersonlichkeiten sowie staatliche Repräsentanten. Extralegale Tötungen und gezielte Liquidierungen dürfen kein akzeptiertes Mittel internationaler Politik werden. Eine solche Praxis stellt eine gefährliche Erosion des internationalen Rechts dar.

Erinnerung an die Warnung vor Großmachtpolitik

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir kritisieren ausdrücklich die gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz, Präsident Emmanuel Macron und Premierminister Keir Starmer.

In dieser Erklärung wird ausschließlich der Iran verurteilt. Eine klare Verurteilung der völkerrechtswidrigen Angriffe der USA und Israels bleibt jedoch aus.

Diese Einseitigkeit führt zu einer gefährlichen Verschiebung der Verantwortung. Denn die militärischen Angriffe auf iranisches Staatsgebiet gingen von den USA und Israel aus. Der Iran ist der angegriffene Staat.

Wer in einer solchen Situation nur die Reaktion des Angegriffenen verurteilt, ohne den ursprünglichen Angriff klar zu benennen, verwischt die entscheidende Unterscheidung zwischen Angreifer und Angegriffenem.

Das dürfen wir nicht akzeptieren. Diese Haltung widerspricht den europäischen Grundwerten und dem Anspruch Europas, das Völkerrecht zu verteidigen. Gerade im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine berufen sich europäische Regierungen immer wieder auf das Völkerrecht – und das ist richtig.

Aber genau deshalb gilt:

Wer russische Aggression verurteilt, muss auch andere völkerrechtswidrige Angriffe verurteilen – unabhängig davon, von wem sie ausgehen oder mit wem man politisch verbündet ist.

Wir möchten Bundeskanzler Merz an seine eigenen Worte auf der Münchner Sicherheitskonferenz erinnern. Dort warnte er vor einer Welt, in der wieder das „Recht des Stärkeren“ zur Norm wird. Er sagte: „In der Ära der Großmächte ist unsere Freiheit nicht mehr einfach gegeben. Sie ist gefährdet.“ Und er stellte fest: „Wir haben die Schwelle in eine Zeit überschritten, die wieder offen von Macht und Großmachtpolitik geprägt ist.“

Diese Warnung war richtig. Und sie war wichtig.

Doch genau diese Klarheit vermissen wir heute, wenn es um den Angriff der USA und Israels auf den Iran geht. Wer das Völkerrecht im Falle Russlands mit Nachdruck verteidigt, darf bei anderen Rechtsbrüchen nicht schweigen oder relativieren. Doppelte Maßstäbe untergraben die Glaubwürdigkeit deutscher und europäischer Außenpolitik. Deshalb rufen wir den Bundeskanzler zur politischen Glaubwürdigkeit auf.

Deutschland sollte sich gemeinsam mit der Europäischen Union und verantwortungsbewussten Staaten weltweit für eine internationale Ordnung einsetzen, in der nicht militärische Stärke entscheidet, sondern das Recht. Nicht die Macht darf bestimmen, was Recht ist. Das Recht muss die Macht begrenzen. Das Völkerrecht muss für alle Staaten gelten – ohne Ausnahme. Das Völkerrecht gilt für Russland, für die Vereinigten Staaten von Amerika, für Israel, für jedes Land der Welt. Ohne Ausnahme. Denn wenn das Recht nur für einige gilt, dann ist es kein Recht mehr. Dann ist es nur noch Machtpolitik.

Kritik an Dämonisierung von Staaten und doppelten Maßstäben

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir erleben heute eine gefährliche Entwicklung in der internationalen Politik. Konflikte werden nicht mehr nüchtern analysiert. Stattdessen werden Feindbilder geschaffen. Einige Staaten werden politisch geschützt – fast unabhängig davon, was sie tun. Andere Staaten werden systematisch dämonisiert – fast unabhängig davon, was tatsächlich geschieht.

Diese Logik sehen wir heute besonders deutlich im Umgang mit Israel und dem Iran.

Wenn Israel militärische Gewalt einsetzt oder einen Angriffskrieg beginnt, wird dies automatisch als „Selbstverteidigung“ oder „Präventivkrieg“ gerechtfertigt.

Wenn der Iran darauf reagiert, wird sofort von „Aggression“ gesprochen.

Wenn Israel internationales Recht verletzt, wird relativiert.

Wenn der Iran internationales Recht verletzt, wird sofort verurteilt.

Das ist kein konsequenter Maßstab.

Das ist ein doppelter Maßstab.

Und genau diese Logik teilt die Welt in „die Guten“ und „die Bösen“. Doch eine solche Schwarz-Weiß-Politik hat mit Recht nichts zu tun. Sie hat mit Macht zu tun. Und sie zerstört die Glaubwürdigkeit des Völkerrechts. Denn das Völkerrecht kennt keine „guten“ und keine „schlechten“ Staaten. Es kennt nur Recht – und Unrecht.

Wenn ein Angriffskrieg geführt wird, ist er völkerrechtswidrig – egal von wem.

Wenn Zivilisten getötet werden, ist das ein Verbrechen – egal von wem.

Das Recht darf nicht davon abhängen, wer unsere Freunde sind.

Ich möchte es nochmal in aller Deutlichkeit sagen. Für uns gilt deshalb ein klarer Grundsatz:

Das Völkerrecht darf nicht selektiv angewendet werden.

Es darf nicht von geopolitischen Bündnissen abhängen.

Und es darf nicht davon abhängen, ob ein Staat dem Westen politisch nahesteht oder nicht.

Das Völkerrecht muss für alle Staaten gelten. Ohne Ausnahme.

Grundgesetz, Völkerrecht und Verantwortung Deutschlands

Liebe Freundinnen und Freunde,

wenn wir über Krieg und Frieden sprechen, dann sprechen wir nicht nur über Moral. Wir sprechen auch über Recht. Denn in Deutschland ist das Völkerrecht nicht nur ein moralischer Appell. Es ist Teil unserer Verfassung. Artikel 25 des Grundgesetzes stellt klar:

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts und stehen sogar über den einfachen Gesetzen.

Das bedeutet: Das Völkerrecht ist keine Empfehlung. Es ist verbindliches Recht.

Deutschland hat darüber hinaus mit dem Völkerstrafgesetzbuch ein klares Signal gesetzt. Das Verbrechen der Aggression – also ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg – gehört zu den schwersten Verbrechen des internationalen Rechts. Diese Grundsätze zeigen: In einer Demokratie steht das Recht über der Macht. Und genau deshalb trägt Deutschland eine besondere Verantwortung: sich für das Völkerrecht einzusetzen, es konsequent zu

verteidigen und jede Form von Angriffskrieg abzulehnen. Denn eine internationale Ordnung, in der das Recht gilt, ist die einzige Grundlage für Frieden und Sicherheit.

Appell an die iranische Führung und das iranische Volk

Liebe Freundinnen und Freunde,

an dieser Stelle möchte ich einen Appell an die politische und religiöse Führung Irans richten:

Dauerhafte Stabilität kann nicht durch Repression entstehen. Sie kann nicht durch Angst entstehen. Und sie kann nicht durch Gewalt entstehen. Dauerhafte Stabilität kann nur durch Dialog, Reformbereitschaft und gesellschaftliche Versöhnung entstehen.

Eine Veränderung politischer Strukturen in Iran kann jedoch ausschließlich vom iranischen Volk selbst ausgehen – nicht durch militärische Intervention von außen. Die Geschichte zeigt uns immer wieder: Wenn Staaten von außen durch Bomben verändert werden sollen, entstehen oft noch größere Katastrophen.

Zugleich appelliere ich an alle Seiten in Hessen und Deutschland, ihr Versammlungsrecht friedlich und verantwortungsvoll wahrzunehmen. Hass und Gewalt dürfen keinen Platz in unserem demokratischen Rechtsstaat haben. Nicht Hass und Gewalt, sondern Dialog ist die Lehre dieser Stunde.

Wort an die iranische Exilgemeinschaft in Deutschland

Ich möchte heute auch ein Wort an viele iranische Freundinnen und Freunde richten, die hier in Deutschland leben. Viele von Ihnen haben in den vergangenen Jahren schwere Erfahrungen gemacht. Viele von Ihnen wünschen sich Veränderungen in ihrem Land. Diese Wünsche sind verständlich.

Doch gerade deshalb müssen wir uns eine wichtige Frage stellen: Kann ein Krieg wirklich Freiheit bringen? Die Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt leider etwas anderes. In Afghanistan. Im Irak. In Libyen. Überall wurden militärische Interventionen mit dem Versprechen von Demokratie und Freiheit begründet. Doch am Ende blieben zerstörte Länder und leidende Gesellschaften zurück.

Deshalb sage ich klar und deutlich:

Die Zukunft des Iran gehört dem iranischen Volk. Nicht fremden Bomben. Nicht geopolitischen Interessen.

Deutschlands Verantwortung gegenüber Israel – nur im Sinne des Völkerrechts

Liebe Freundinnen und Freunde,

Deutschland trägt eine besondere historische Verantwortung gegenüber jüdischem Leben und gegenüber Israel. Diese Verantwortung ist Teil der deutschen Geschichte. Doch diese

Verantwortung kann und darf nur im Rahmen des Völkerrechts gelten. Diese historische Verantwortung verpflichtet Deutschland nicht dazu, Völkerrechtsverletzungen zu unterstützen. Sie verpflichtet Deutschland auch nicht dazu, zu schweigen, wenn internationales Recht missachtet wird. Nicht, wenn Zivilisten getötet werden. Nicht, wenn Angriffskriege geführt werden. Nicht, wenn das Völkerrecht verletzt wird. Und besonders nicht, wenn ein Völkermord geschieht.

Gerade diese Geschichte verpflichtet Deutschland und uns alle dazu, für das Völkerrecht einzustehen – klar, konsequent und ohne doppelte Maßstäbe.

Denn echte Verantwortung bedeutet nicht blinde Unterstützung.
Echte Verantwortung bedeutet, das Recht zu verteidigen – für alle Menschen.

Unsere klare Position zum Existenzrecht Israels und zur israelischen Staatspolitik

Liebe Freundinnen und Freunde,

gerade wegen dieser historischen Verantwortung möchte ich hier in aller Klarheit sagen:

Wir als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen haben kein Problem mit dem Existenzrecht Israels. Wir haben dieses Existenzrecht niemals bestritten.

Aber wir haben ein großes Problem mit einer israelischen Staatspolitik,
die Besatzung fortsetzt,
die Siedlungen ausweitet,
die internationales Recht/das Völkerrecht missachtet
und Sicherheit als Vorwand für Unterdrückung und Völkermord benutzt.

Wir haben ein gewaltiges Problem mit einer israelischen Politik,
die das Existenzrecht der Palästinenser und eines palästinensischen Staates leugnet,
die Gewalt und Zerstörung fortsetzt
und unter dem Vorwand der Prävention immer wieder militärische Angriffe gegen Nachbarstaaten führt und damit die Sicherheit der gesamten Region gefährdet.

Dabei ist uns eines besonders wichtig:

Unsere Position richtet sich nicht gegen die jüdische Religion. Und sie richtet sich nicht gegen das israelische Volk.

Kritik an der Politik eines Staates – auch an der Politik Israels – ist ein grundlegendes Recht in jedem demokratischen Rechtsstaat, auch in unserem deutschen.

Warum diese Kundgebung am Weltfrauentag stattfindet

Die Antwort ist einfach. Krieg trifft Frauen besonders hart. Wenn Bomben fallen, verlieren Mütter ihre Kinder. Frauen verlieren ihre Familien. Und ganze Generationen verlieren ihre Zukunft. Gerade deshalb ist der Weltfrauentag auch ein Tag, an dem wir über Frieden

sprechen müssen. Denn ohne Frieden gibt es keine Sicherheit. Und ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Für niemanden, auch nicht für Frauen!

Antwort auf Diffamierungen und Verteidigung der Versammlungsfreiheit

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Vorfeld dieser Kundgebung gab es auch Kritik und Diffamierungen gegen uns und unsere heutige Kundgebung. Wer eine Friedenskundgebung diffamiert, während gleichzeitig ein völkerrechtswidriger Krieg und schwerste Kriegsverbrechen politisch relativiert oder unterstützt werden, verkehrt die Maßstäbe von Frieden und Krieg.

Als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen setzen wir uns seit unserer Gründung klar und unmissverständlich gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede Form von Rassismus. Gerade deshalb weisen wir entschieden zurück, dass der Antisemitismusvorwurf politisch missbraucht wird, um kritische Stimmen zu delegitimieren. Wenn jede Kritik an Kriegsverbrechen und an Völkerrechtsbrüchen der israelischen Regierung reflexartig als Antisemitismus diffamiert wird, verliert der Begriff seine notwendige moralische und politische Schärfe. Ein solcher Missbrauch lenkt vom Kampf gegen echten Antisemitismus ab und untergräbt die Glaubwürdigkeit dieses wichtigen Engagements.

Doch wir stehen heute hier im Rahmen unseres Grundgesetzes, im Rahmen unseres Versammlungsrechts und im Rahmen unserer demokratischen Rechte für Frieden und Völkerrecht. Die Versammlungsfreiheit gehört zu den Grundpfeilern unserer Demokratie.

Über 50 friedliche Kundgebungen – Verantwortung der IRH

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit Oktober 2023 haben wir als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen mehr als fünfzig Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen in vielen hessischen Städten organisiert. Alle diese Veranstaltungen verliefen friedlich, geordnet und verantwortungsvoll. Unsere Reden sind öffentlich. Unsere Positionen sind transparent. Wir haben nichts zu verbergen. Denn wir handeln im Rahmen unseres Grundgesetzes und im Sinne des Völkerrechts.

Gaza – der moralische Prüfstein unserer Zeit

Liebe Freundinnen und Freunde,

an dieser Stelle möchte ich euch an Gaza erinnern. Wir dürfen Gaza auf keinen Fall vergessen. Denn in Gaza haben wir in aller Deutlichkeit gesehen, wie Israel – unterstützt von seiner Schutzmacht, den USA – das Völkerrecht mit Füßen getreten hat. Seit mehr als zwei Jahren erleben wir dort einen Völkermord, eine humanitäre Katastrophe historischen Ausmaßes. Mindestens 75.000 unschuldige Menschen wurden getötet. Darunter zwei Drittel Frauen und Kinder. Über 20.000 Kinder. Städte wurden zerstört. Krankenhäuser wurden bombardiert. Schulen wurden angegriffen. Millionen Menschen leben unter Trümmern – ohne Sicherheit, ohne ausreichende medizinische Versorgung, ohne eine Zukunftsperspektive.

Gaza ist zu einem moralischen Prüfstein unserer Zeit geworden.

Die Frage ist nicht nur, was dort geschah und geschieht.

Die entscheidende Frage ist: Wie reagierte und reagiert die Welt darauf?

Wer heute schweigt, wer relativiert, wer wegschaut, macht sich mitschuldig daran, dass das Völkerrecht immer weiter ausgehöhlt wird, wie heute im Angriffskrieg auf Iran.

Rolle der Religionsgemeinschaften in Zeiten von Krieg

Gerade in Zeiten von Krieg tragen Religionsgemeinschaften eine besondere Verantwortung. Religion darf niemals dazu benutzt werden, Hass zu schüren oder Gewalt zu legitimieren. Religion muss eine Stimme des Gewissens sein. Sie muss daran erinnern, dass jeder Mensch Würde besitzt. Und dass jedes unschuldige Leben geschützt werden muss.

Vision einer Weltordnung: Recht statt Macht

Die Welt steht heute an einem entscheidenden Punkt. Wir erleben eine gefährliche Entwicklung. Immer häufiger scheint nicht mehr das Recht zu entscheiden, sondern die Macht. Doch eine stabile Weltordnung kann nur bestehen, wenn das Recht über der Macht steht. Eine Welt, in der militärische Stärke entscheidet, wird immer wieder neue Kriege hervorbringen. Eine Welt, in der das Recht gilt, kann Frieden schaffen.

Wir stehen heute hier auf dem Römerberg, weil wir eine klare Botschaft haben.

Wir sagen: Krieg darf niemals zur Normalität werden.

Wir sagen: Das Leben unschuldiger Menschen ist unantastbar.

Wir sagen: Das Völkerrecht gilt für alle Staaten. Ohne Ausnahme.

Deshalb rufen wir heute:

Stoppt den Krieg.

Stoppt die Eskalation.

Stoppt den Flächenbrand im Nahen Osten.

Kehrt zurück zu Diplomatie.

Kehrt zurück zum Völkerrecht.

Kehrt zurück zur Menschlichkeit.